nak

RAUS AUS DER ARMUT

25 JAHRE

nak

Nationale Armutskonferenz

INHALTSVERZEICHNIS

Das Ziel ist klar: Raus aus der Armut	S. 3
Die Stimme erheben für Menschen in Armut	S. 4
Kinderarmut endlich beim Namen nennen	S. 7
„Jeder Schritt aus dem Haus kostet Geld“	S. 8
Steigende Armut trotz sinkender Arbeitslosigkeit – wie passt das zusammen?	S. 10
Gesundheit und Gesundung scheitern zu häufig am Geld	S. 12
Krise auf dem Wohnungsmarkt ist hausgemacht	S. 14
Stigmatisierte Wohnquartiere – benachteiligte Menschen	S. 16
Allein mit Kind macht arm	S. 17
Rechtfertigungsdruck auf Menschen mit Grundsicherung steigt	S. 19
Gemeinsam gegen Vorurteile und Diskriminierung arbeiten	S. 21
Sozialpolitische Wegmarken seit 1991	S. 22
Deutschland leistet zu wenig zur Armutssenkung in Europa	S. 24
Einheimische und Zuwanderer nicht gegeneinander ausspielen	S. 26
Regelsatz anpassen, Teilhabepaket abschaffen, Kinder und Jugendliche gezielt fördern, Bürokratie abbauen	S. 28
Die Mitglieder der Nationalen Armutskonferenz	S. 30

IMPRESSUM

Herausgeber:
Nationale Armutskonferenz
c/o Deutscher Caritasverband
Karlstr. 40
79104 Freiburg i. Br.

www.nationalearmutskonferenz.de

Redaktion:
Markus Harmann
Michaela Hofmann
Julia Zürcher

Fotos:
Jo Schwartz
Barbara Bechtloff
Markus Harmann
Caritas
fotolia.de
shutterstock.de
istockphoto.com

Satz & Layout
Birte Schlimbach
www.bird-design.de

DAS ZIEL IST KLAR: RAUS AUS DER ARMUT

25 Jahre Nationale Armutskonferenz – das sind 25 Jahre beherzter und engagierter Einsatz gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Die Vorzeichen und die Anforderungen für die Armutsbekämpfung haben sich über die Jahre verändert. Als die Armutskonferenz 1991 gegründet wurde, ging es ihr in erster Linie darum, überhaupt erst mal ein gesellschaftliches Begreifen und sogar den Begriff „Armut“ in die Öffentlichkeit und die Politik zu tragen.

Denn damals war es weitverbreitete Meinung, dass es Armut in Deutschland eigentlich gar nicht gibt. 25 Jahre später sind Armut und Ausgrenzung in wissenschaftlichen Studien mit klaren Zahlen belegt und in verbreiteten Lebensgeschichten mehr als offensichtlich. Es geht nun vor allem darum, die Faktoren zum politischen Thema zu machen, weswegen immer mehr Menschen in Deutschland in Armut geraten und darin feststecken. Es gilt, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass nicht Jahr um Jahr die Armut der vielen und der Reichtum der wenigen wachsen.

Im vergangenen Vierteljahrhundert hat sich die Sozialgesetzgebung geändert. Um aus dem Fürsorgeprinzip herauszukommen, wurde das Fördern und Fordern als Leitgedanke entdeckt.

Während früher die Armut vieler Menschen von der Gesellschaft eher übersehen wurde, werden die Menschen heute für ihre Armutslage oftmals selbst verantwortlich gemacht. Armut wird einfach individualisiert, man hält sie für ein Privatproblem. Beide Sichtweisen – ob Ignorieren oder Individualisieren – verfestigen die Armut. Die Nationale Armutskonferenz geht deshalb einen anderen Weg. Sie hat 2006 das erste Treffen von Menschen mit Armutserfahrung organisiert, dem viele weitere folgten und folgen werden. Damit fördern wir die politische Teilhabe der Menschen, die in Armut leben. Denn viele können und wollen sich selbst vertreten und werden durch die nak darin bestärkt, für ihre Rechte zu kämpfen.

Auf den folgenden Seiten wird auf 25 Jahre inhaltliche Arbeit der Armutskonferenz Rückschau gehalten. Die Texte zeigen, wie sich das Ziel „Raus aus der Armut!“ inhaltlich und konzeptionell verändert hat.

Manches wird Sie überraschen, manches nachdenklich stimmen – und hoffentlich regt es dazu an, sich mit der Nationalen Armutskonferenz in Politik und Öffentlichkeit gegen Armut und soziale Ausgrenzung einzusetzen.

Ihr
Dr. Frank Joh. Hensel
Sprecher der Nationalen Armutskonferenz

DIE STIMME ERHEBEN FÜR MENSCHEN IN ARMUT

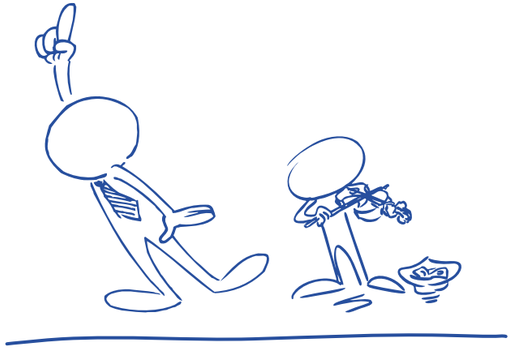
SEIT **25 JAHREN** SOZIALPOLITISCHE LOBBY: **ZIELE UND AUFGABEN** DER NATIONALEN ARMUTSKONFERENZ

Rund vier Millionen Sozialhilfeempfänger und 120.000 Wohnungslose allein im Westen: 1991, ein Jahr nach der Wiedervereinigung, war die soziale Lage vieler Menschen in Deutschland prekär. Damals formierte sich ein bundesweites Bündnis von Organisationen, Verbänden und Initiativen, das die wachsende Armut im Land öffentlich thematisierte und strukturelle Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung forderte: die Nationale Armutskonferenz (nak).

Es war die Geburt einer neuen sozialpolitischen Lobby in Deutschland, die sich für die Rechte der Menschen mit Armutserfahrung einsetzt. Die Keimzelle dafür lag auf europäischer Ebene, denn die nak ist die deutsche Sektion des European Anti Poverty Network (EAPN). Dieses größte europäische Armutsnetzwerk war 1990 von der Europäischen Kommission initiiert worden. 1991 wandten sich Mitglieder der Kommission an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) und baten um Vorschläge, welche Gruppen sich aus Deutschland an der Arbeit des EAPN beteiligen könnten. Unter dem Motto „Armut ist falsch verteilter Reichtum“ versammelten sich in der neuen Organisation neben dem DPWV Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (siehe auch S. 30–31). In jüngster Zeit bildeten sich darüber hinaus Landesarmutskonferenzen in einzelnen Bundesländern. Sie haben ebenso wie die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche einen Gaststatus in der nak.

Von Anfang an arbeiteten auch Menschen mit Armutserfahrung und ihre Selbsthilfegruppen in der Nationalen Armutskonferenz mit. Es ist wesentliche Aufgabe des Bündnisses, deren Erfahrungen und Lösungsideen in die Debatte einzubringen.

Eine Vielfalt von sozialpolitischen Forderungen steht auf der Agenda: So setzt sich das Bündnis dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft einen gerechten Zugang zu Bildung haben. Es fordert, dass Beschäftigte so bezahlt werden, dass sie von ihrer Erwerbsarbeit ihre finanzielle Existenz sichern können, und macht sich für den Mindestlohn stark. Um diese Aufgaben zu bewältigen, braucht der Staat ausreichend Steuermittel. Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen sollten nach Ansicht der nak dazu einen angemessenen Beitrag leisten.



Die Nationale Armutskonferenz wendet sich mit klarer Sprache gegen eine Politik, die Armut nur verwaltet oder lindert – anstatt sie aktiv zu bekämpfen. Ihre Mitglieder engagieren sich in den Beraterkreisen zum Armuts- und Reichtumsbericht und zur Nationalen Sozialberichterstattung. Viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt jeweils ihr Schattenbericht zur Armut in Deutschland; der zweite erschien 2015 zum Thema Hartz IV. Die nak hält Fachtagungen ab und veranstaltet jedes Jahr Treffen der Menschen mit Armutserfahrung. Alle sechs Wochen tauscht man sich in Arbeitsgruppen aus. Zweimal im Jahr kommt das Bündnis dann zu einer Delegiertenversammlung zusammen. Diese Versammlung wählt einen Sprecherkreis. Geleitet wird die nak immer für zwei Jahre entweder von AWO, Caritas, Diakonie oder DPWV. Die jeweilige Organisation stellt in dieser Zeit die Geschäftsführung, einen Pressesprecher, den von den Delegierten gewählten nak-Sprecher.

AUS LEIDENSCHAFT FÜR DEN NÄCHSTEN

WIE DIE LANDESARMUTSKONFERENZEN IN DEN BUNDESLÄNDERN ARBEITEN

Unter dem Dach der Nationalen Armutskonferenz haben sich lebendige regionale Netzwerke gebildet: die Landesarmutskonferenzen (LAK). Die erste LAK entstand schon vor über 20 Jahren in Niedersachsen, die jüngste hat in Baden-Württemberg 2012 die Arbeit aufgenommen. Darüber hinaus sind in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland Landesarmutskonferenzen feste Institutionen. In Bayern werden alle ein bis zwei Jahre Konferenzen zu Armutsfragen durchgeführt; in Bremen gibt es eine „Bremer Armutskonferenz“.

Seit Frühjahr 2015 gibt es eine „Arbeitsgemeinschaft der Landesarmutskonferenzen“, um den Meinungsaustausch und die Vernetzung zu intensivieren. Ihr gehören Berlin, Niedersachsen, das Saarland und Baden-Württemberg an. Eine enge Partnerschaft besteht zu den Netzwerken in Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Agenda der Landesarmutskonferenzen unterscheidet sich: Im Saarland arbeitet die Gruppe beispielsweise an der Armutsberichterstattung des Landes mit und greift mit Betroffenen Armutsthemen auf kreative Weise auf. In Niedersachsen ist sie ein bedeutender Faktor der Landessozialpolitik und macht eine Teilhabe-Zeitung, die in gedruckter Auflage von 10.000 Exemplaren herauskommt. Die LAK Rheinland-Pfalz erstellt eine qualitative Analyse der gesundheitlichen Situation von Menschen in Armutslagen. Und die LAK Baden-Württemberg arbeitet an einem sozialpolitischen Netzwerk, das bis ins nahe Ausland reicht.

KINDERARMUT ENDLICH BEIM NAMEN NENNEN

MEHR ALS ZWEI MILLIONEN KINDER LEBEN IN **ARMEN FAMILIEN**. ELTERN WÜNSCHEN SICH WENIGER BÜROKRATIE.

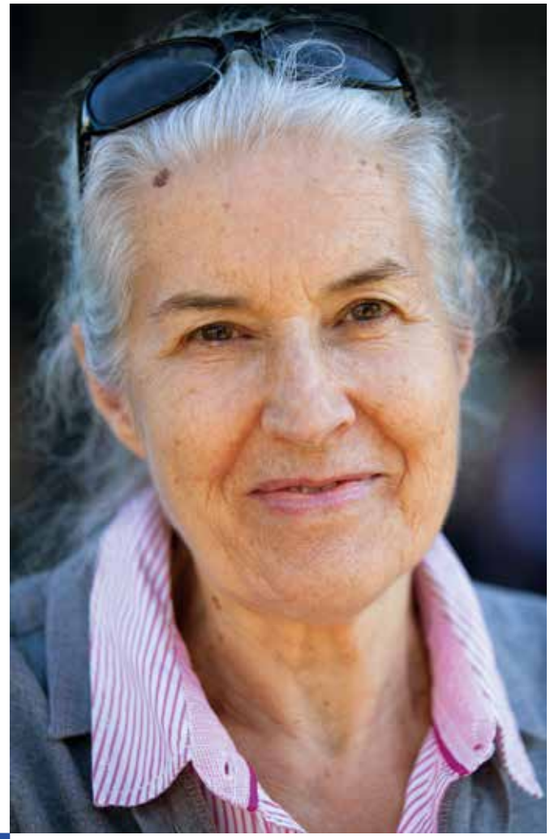
Jedes fünfte Kind unter 15 Jahren in Deutschland gilt als armutsgefährdet, wächst also unterhalb der Armutsgrenze auf. Das sind 2,1 Millionen Jungen und Mädchen, die in Familien leben, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Netto-Einkommens zur Verfügung haben. Ein Großteil dieser 2,1 Millionen Kinder lebt in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen. Der Rest – immerhin 1,15 Millionen arme Kinder – lebt ohne die Unterstützung, obwohl zum Teil Anspruch darauf bestünde. Zudem wachsen weitere rund 480.000 Kinder nur knapp über der Armutsgrenze in Deutschland auf.

Ob ein Kind arm ist oder nicht, hängt häufig von der Familienkonstellation ab: Ist die Mutter (oder der Vater) alleinerziehend? Leben Geschwister im Haushalt? Haben die Eltern Arbeit? Hat die Familie einen Migrationshintergrund? Seit Jahren positioniert sich die Nationale Armutskonferenz gegen Kinderarmut und hat die Benachteiligung gerade von Alleinerziehenden gegeißelt und die ausufernde Bürokratie des Bildungs- und Teilhabepaketes kritisiert. Gleichzeitig zeigt die Armutskonferenz Wege aus (Kinder-)Armut auf: Eltern wünschen sich für ihre Kinder vor allem gute Bildung und stellen eigene Bedürfnisse zurück. Für sie ist es frustrierend, häufig Nein sagen zu müssen und aufgrund ihrer prekären Finanzlage praktisch keinen Handlungsspielraum zu haben. Eltern klagen zudem

über zu viele behördliche Anlaufstellen, bürokratische Hürden und wechselnde Ansprechpartner.
Die Nationale Armutskonferenz fordert, dass die Parteien zur Bundestagswahl 2017 die Armut von Kindern in Deutschland beim Namen nennen, konkrete Schritte zu ihrer Beseitigung vorschlagen und diese im künftigen Koalitionsvertrag festlegen.

„JEDER SCHRITT AUS DEM HAUS KOSTET GELD"

WARUM GERATEN MENSCHEN IN ARMUT? **DREI BETROFFENE**, DIE SICH IN DER ARMUTSKONFERENZ ENGAGIEREN, BERICHTEN.



Almut Hische, 71 Jahre, aus Hamburg.
Ledig, eine Tochter.

„Nach meiner Erfahrung ist Armut ein Prozess. Man ist nicht von heute auf morgen arm. Ich habe es als Sinkflug ins soziale Abseits erlebt. Ich bin studierte Soziologin und habe eine von Arbeitslosigkeit und Krankheit durchbrochene Arbeitsbiografie. Oft war ich nur befristet beschäftigt oder habe Teilzeit gearbeitet. Mit über 40 Jahren wurde ich alleinerziehende Mutter, damit saß ich fest in der Armutsfalle. Rücklagen konnte ich dann nicht mehr bilden. Heute lebe ich in Altersarmut. Mit meiner Rente und der gelegentlichen Unterstützung meiner Tochter komme ich gerade so über das Niveau der Grundsicherung. Ich bleibe öfter zu Hause, als ich möchte, denn jeder Schritt aus dem Haus kostet Geld. Alles geht für Lebensmittel und Kleidung drauf. Wenn andere Kosten dazukommen, etwa für Medikamente, kann ich das meist nicht bezahlen. Würde ich länger krank, müsste ich wohl oder übel die Grundsicherung beantragen. Ich habe viele Ideen und würde gerne eine Landesarmutskonferenz in Hamburg gründen, um mit Betroffenen politische Forderungen zu veröffentlichen. Aber so etwas umzusetzen ist schwer, wenn man im Alltag nur mit dem Kampf ums Überleben beschäftigt ist."

Erika Biehn, 65 Jahre, aus Lippstadt.
Alleinstehend, drei Kinder.

„Bei mir fing die Armut an, als ich alleinerziehend wurde. Bei meiner Scheidung war ich 25 und hatte zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren, später kam ein drittes hinzu. Im einzigen Hort, der eine Kinderbetreuung am Nachmittag anbot, habe ich keinen Platz bekommen. Aber ohne Kinderbetreuung kann man nicht vernünftig erwerbstätig sein! Wir lebten von Sozialhilfe. Ich war immer sehr sparsam, aber es war schwierig. Ich musste genau planen, damit ich Miete zahlen konnte und die Kinder genügend zu essen hatten. Mich ärgert sehr, wenn ich mitleidig angeschaut werde. Denn ich habe viel geleistet und immer gearbeitet – wenn auch nicht immer gegen Geld. Seit bald 40 Jahren engagiere ich mich im Verband alleinerziehender Mütter und Väter und habe es mit 49 Jahren geschafft, ein Diplom als Sozialarbeiterin zu machen. Leider ist daraus keine Berufstätigkeit mehr erwachsen."

Robert Trettin, 66 Jahre, aus Berlin.
Verheiratet, drei Kinder.

„Ich habe durch gesundheitliche Beschwerden 1996 meine Festanstellung als Maschinenbautechniker verloren. Damals hatte ich es mit der Arbeit übertrieben und bin zusammengeklappt. Zuerst habe ich versucht, eine etwas ruhigere Anstellung zu bekommen. Aber ich war schon in einem Alter, in dem die Suche schwierig oder aussichtslos ist. Seitdem hatte ich befristete Aushilfsjobs, arbeitete in Maßnahmen, war kurz als Freiberufler tätig. Aber ich fand keine langfristige Arbeit mehr. Stattdessen habe ich mich immer stärker ehrenamtlich betätigt, denn ich will mich in die Gesellschaft einbringen und arbeite gerne mit Menschen zusammen, die für eine gerechtere Sozialpolitik eintreten. Arbeit ist ja nicht nur Geldverdienen, sondern auch Teilhabe. Durch die eigene Betroffenheit habe ich eine Hartz-IV-Beratung gemacht und staune bis heute über das, was bei den Behörden so verzapft wird – an falschen Bescheiden, an Drangsalierung der Betroffenen."

STEIGENDE ARMUT TROTZ SINKENDER ARBEITSLOSIGKEIT – WIE PASST DAS ZUSAMMEN?

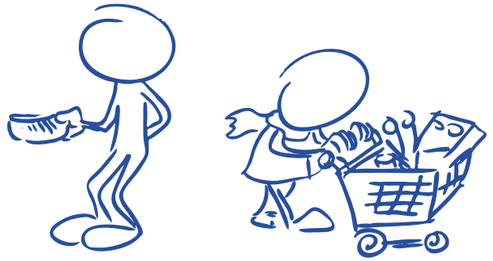
VIELZAHL **PREKÄRER JOBS** SICHERT NICHT DIE **EXISTENZ** DER MENSCHEN

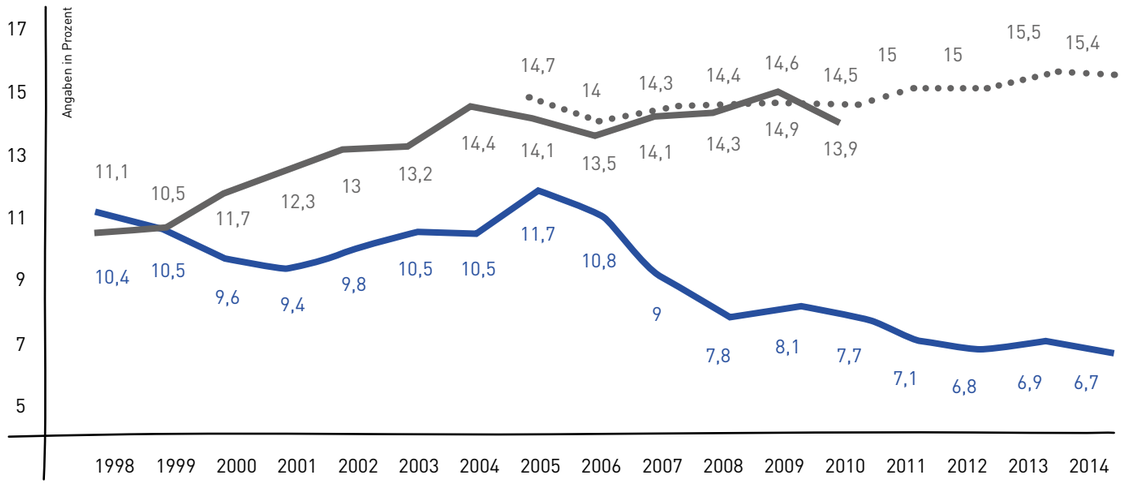
Vor gut zehn Jahren haben sich die Armutsgefährdungs- und Arbeitslosenquote entkoppelt. Die Arbeitslosigkeit sinkt seitdem nahezu kontinuierlich, während die von Armut bedrohte Bevölkerung weiter wächst. Zugleich nimmt die Zahl der Superreichen zu.
Dass immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, hat verschiedene Ursachen. So ist es den Unternehmen bereits in den Neunzigerjahren gelungen, die Bezahlung der un- und angelernten Beschäftigten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln. Die Hartz-Gesetze haben diese Entwicklung durch die staatliche Subventionierung von nicht existenzsichernden Jobs forciert und weil sie das Arbeitsrecht abbauten und die Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose verschärften.

„PREKÄRE UND ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG GEHT OFTMALS MIT ERHEBLICHEN LOHNEINBUSSEN EINHER."

Darüber hinaus bietet die Arbeitslosenversicherung immer weniger Menschen Schutz – nur noch ein Drittel der Arbeitslosen wird von ihr erfasst. Damit geht die Angst einher, bei Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfeniveau und damit in Armut abzurutschen oder darin zu verharren. Das erhöht den Druck auf Arbeitslose und indirekt auch auf Beschäftigte, Arbeit zu jedweden Bedingungen zu akzeptieren. So erfolgte der Beschäftigungszuwachs in den vergangenen Jahren zum großen Teil über atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Diese Beschäftigungsformen gehen oftmals mit erheblichen Lohneinbußen einher.

Hinzu kommt, dass die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit zu Selektionsprozessen in den Betrieben führte. Es gab weniger Aufstiegsmöglichkeiten, dafür nahm die Zahl derer zu, die abgedrängt wurden. Dieses Aussieben wird durch das Hartz-IV-System noch verstärkt, weil es eher auf Fordern statt auf Fördern setzt. Einschnitte bei der Rente führen ebenfalls zu mehr





Armut in der Gesellschaft und verweisen auch gesundheitlich angeschlagene Arbeitskräfte stärker auf den Arbeitsmarkt. Aber auch das Bildungssystem trägt zur Ungleichheit bei. Noch immer prägt die soziale Herkunft den Bildungserfolg.

Der abnehmende soziale Zusammenhalt der Gesellschaft flankiert all diese Entwicklungen. Der Sozialstaat hat sich stückweise – auch verteilungspolitisch – aus seinen Aufgaben zurückgezogen. Zwar trägt er noch immer erheblich zur Vermeidung von Armut bei, aber die Maschen im Sicherungssystem haben zwischenzeitlich viele Löcher.
Der Rückgang der Arbeitslosenquote seit 2005 ist nicht der Erfolg von Hartz IV, sondern vielmehr das Ergebnis von wirtschafts- und finanzpolitischen Faktoren wie beispielsweise Innovationszyklen, Lohnentwicklung und Veränderungen von Währungsrelationen bei der Euro-Einführung. Auch die Geld- und Zinspolitik trug dazu bei.

Das Hartz-IV-System hat die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Wirtschaft nicht fördern können. Erhöht hat es aber die Zahl derer, die in prekären Lebensverhältnissen leben müssen.

GESUNDHEIT UND GESUNDUNG SCHEITERN ZU HÄUFIG AM GELD

KEIN MENSCH DARF AUS DER **MEDIZINISCHEN VERSORGUNG** AUSGESCHLOSSEN WERDEN

Staatliche Einsparungen in der Gesundheitsversorgung schließen in Deutschland immer mehr finanziell und sozial benachteiligte Menschen aus der medizinischen Versorgung aus. Viele von ihnen sind nicht in der Lage, die anfallenden Kosten für medizinische Heil- und Hilfsmittel aus eigener Tasche zu bezahlen.

Dass der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung nicht für alle Menschen im Land gewährleistet ist, widerspricht völkerrechtlichen Abkommen, die Deutschland unterzeichnet hat. Als Vertragsstaat des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) akzeptierte die Bundesrepublik schon 1976 „das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit". Deutschland verpflichtete sich dazu, „Voraussetzungen [zu schaffen], die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen".

De facto hatten hierzulande allerdings im Jahr 2015 rund 77.500 Menschen keine Krankenversicherung – die Dunkelziffer liegt weit höher. Und das, obwohl seit 2007 eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung und seit 2009 eine nachrangige Pflicht zur Versicherung in der privaten Krankenversicherung besteht.
Nur einen eingeschränkten Krankenversicherungsschutz erhalten Menschen, die ihre Beiträge nicht (mehr) bezahlen können. Darunter sind unter anderem Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Andere Gruppen, wie Menschen ohne einen gültigen Aufenthaltsstatus, haben sogar keinerlei finanzielle Absicherung im Krankheitsfall. Sie sind aus dem Gesundheitsversorgungssystem gänzlich ausgeschlossen.

„2015 HATTEN RUND 77.500 MENSCHEN KEINE KRANKENVERSICHERUNG – DIE DUNKELZIFFER LIEGT WEIT DARÜBER."

Gesundheit und Gesundung darf aber nicht an den fehlenden finanziellen Mitteln Einzelner scheitern. Für einkommensarme Menschen muss es eine vollständige Kostenbefreiung bei der Gesundheitsversorgung geben.

Der sozialstaatliche Wandel und das restriktive Vorgehen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik führen zu immer höheren administrativen Hürden für eine medizinische Versorgung. Diese Hürden sind für viele Menschen in schwierigen Lebenssituationen nicht zu überwinden. Der Staat muss sie abbauen.

Es ist für die politischen Entscheidungsträger notwendiger denn je, frühzeitig auf Härten und gesellschaftliche Veränderungen reagieren zu können. Deshalb sollte das Bundesministerium für Gesundheit die Arbeitsgruppe Armut und Gesundheit dringend wieder einrichten und ihr Know-how nutzen.

„Gesundheit sollten wir uns nicht nur wünschen, sondern als Recht erkämpfen", sagte Kofi Annan, der siebte Generalsekretär der Vereinten Nationen. Viele Menschen müssen diesen Kampf in Deutschland führen, obwohl oder gerade weil sie krank, sozial benachteiligt und ausgegrenzt sind. Die Nationale Armutskonferenz unterstützt diese Menschen bei ihrem Kampf tatkräftig.

KRISE AUF DEM WOHNUNGSMARKT IST HAUSGEMACHT

UM DAS MENSCHENRECHT AUF WOHNEN ZU SICHERN, MUSS DER BUND DIE MITTEL FÜR DEN **SOZIALEN WOHNUNGSBAU** DEUTLICH ERHÖHEN

335.000 Menschen in Deutschland haben keine Wohnung, fast 40.000 von ihnen leben ohne jede Unterkunft auf der Straße. Immer mehr Menschen sind vom Verlust ihrer Wohnung unmittelbar bedroht. Es fehlen bezahlbare Wohnungen für wohnungslose Menschen, für einkommensarme Haushalte, aber auch für Studierende und für die zunehmende Zahl von Geflüchteten und EU-Zuwanderern. Künftig werden auch immer mehr arme alte Menschen in Gefahr geraten, ihre Wohnungen zu verlieren.
Die Krise auf den Wohnungsmärkten, die Wohnungsnot und die Wohnungslosigkeit sind hausgemacht. Ihre wesentliche Ursache liegt in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik, die mit der unzureichenden Armutsbekämpfung und den Fehlern im Hartz-IV-System einhergeht.

Die Armut der unteren Einkommensgruppen hat sich verfestigt, weil der ALG-II-Regelsatz nicht ausreicht und der Niedriglohnsektor ebenso wuchs wie atypische Beschäftigung. Einkommensarme Menschen geraten oft in eine Verschuldungsspirale. Sie können ab einem gewissen Punkt die Miete nicht mehr bezahlen und verlieren ihre Wohnung.

Weil Kommunen, Länder und der Bund dem Auslaufen von Sozialbindungen nicht gegensteuerten, gibt es seit 2002 eine Million Sozialwohnungen weniger. Zugleich verkauften sie ihre eigenen Wohnungsbestände an private Investoren und beraubten sich so selbst geeigneter Reserven für preiswerten Wohnraum.

Der Bund muss in der Wohnungspolitik wieder Verantwortung übernehmen. Es bedarf eines Wohnungsgipfels, der Sofortmaßnahmen dazu beschließt, um die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen und Wohnungslose sowie einkommensarme Haushalte mit eigenem Wohnraum zu versorgen.

„BUND UND LÄNDER MÜSSEN IHRE MITTEL FÜR DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU DRASTISCH ERHÖHEN."

Bund und Länder sollten ihre Mittel für den sozialen Wohnungsbau über Jahre drastisch erhöhen, um den Fehlbestand an preisgünstigen Wohnmöglichkeiten auszugleichen. Ebenso wie andere Verbände fordert die Nationale Armutskonferenz den Bau von 400.000 Wohnungen im Jahr. Davon sollten mindestens 150.000 preiswerte Wohnungen und Sozialwohnungen sein. Es ist auch nötig, dass die Bundesregierung die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verpflichtet, den Kommunen Bauland und bundeseigene Liegenschaften zum Verkehrswert anzubieten und nicht wie bislang an den Meistbietenden zu veräußern.

Die Kommunen müssen vor allem wirksame Maßnahmen gegen den Verdrängungsdruck ergreifen, dem einkommensarme Bürgerinnen und Bürger in ihren Stadtquartieren ausgesetzt sind. Sie sollten sicherstellen – gegebenenfalls durch Einführung entsprechender Quoten –, dass bereits wohnungslose Haushalte mit eigenen Wohnungen versorgt werden.

STIGMATISIERTE WOHNQUARTIERE – BENACHTEILIGTE MENSCHEN

WARUM ES MEHR INTEGRIERTE **SOZIALE STADTENTWICKLUNG** BRAUCHT

Vielerorts in Deutschland gibt es Wohnquartiere, in denen besonders viele arme Menschen leben – darunter vor allem Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge. Diese Quartiere bieten nur wenig gesundheitsförderlichen Wohnraum und zeichnen sich häufig durch eine schlecht ausgebaute soziale Infrastruktur und schlechte Verkehrsanbindung aus. Ihre Stigmatisierung mindert das Selbstbewusstsein der dort lebenden Menschen.

„ES BRAUCHT EINE BETONUNG DES SOZIALEN IM PROGRAMM ‚SOZIALE STADT', UM ARMUT ZU BEKÄMPFEN UND TEILHABE ZU ERMÖGLICHEN."

Initiativen, in denen sich auch Bewohnerinnen und Bewohner beteiligen, sowie Verbände, Verwaltung und Politik arbeiten seit Jahren daran, die Situation zu verbessern. Dies gelingt, wenn sie gemeinsame Strategien zur Armutsbekämpfung entwickeln, umsetzen und wenn sich die Gemeinwesenarbeit im Quartier an den Bedarfen der Menschen vor Ort orientiert.
Das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt" des Bundes hat die Wohnbedingungen verbessert. Die Armutskonferenz fordert deshalb, den Ansatz einer integrierten sozialen Stadtentwicklung auf allen politischen Ebenen zu sichern und das Bundesprogramm „Soziale Stadt" als Leitprogramm auszubauen. Gleichzeitig sollte die Politik die Strategie des gemeinwesen- und sozialraumorientierten Handelns weiterverfolgen und die Kooperation zwischen den Ministerien und zwischen den einzelnen Fachbereichen verbessern.

Es braucht eine Betonung des Sozialen im Programm „Soziale Stadt", um Armut zu bekämpfen und Teilhabe zu ermöglichen. Verstärkte Gemeinwesenarbeit ist die Basis dafür, dass Bewohnerinnen und Bewohner sich beteiligen und selbst initiativ werden.

ALLEIN MIT KIND MACHT ARM

NOTWENDIG SIND BESSERE BEDINGUNGEN ZUR VEREINBARKEIT VON **FAMILIE UND BERUF**

Frauen haben ein höheres Armutsrisiko als Männer. Sie sind häufiger mit unbezahlter Sorgearbeit beschäftigt und öfter in Teilzeitjobs angestellt. Viele arbeiten in Branchen, in denen generell schlechter bezahlt wird. Aber auch wenn sie die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen leisten, bekommen sie meist weniger Gehalt. Fatale Folge des dauerhaft niedrigen Lohnniveaus: geringere Rentenansprüche. Altersarmut ist da vorprogrammiert. Ein besonders hohes Armutsrisiko tragen Alleinerziehende, und das betrifft zum größten Teil Frauen. In neun von zehn Fällen ist der alleinerziehende Elternteil die Mutter. Mehr als 40 Prozent von ihnen sind auf Sozialleistungen angewiesen, und das überdurchschnittlich lange. Einer der Hauptgründe ist, dass es an Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder mangelt – die Mütter können also oft nur gering bezahlte Teilzeitjobs annehmen. Außerdem verfügt fast jede zweite Alleinerziehende im Sozialleistungsbezug über keine abgeschlossene Ausbildung. Sie haben damit schlechte Chancen, einen Beruf zu ergreifen, der die Existenz ihrer Familie sichert. Viele bleiben zusätzlich zum Gehalt als sogenannte Aufstockerinnen auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen.

„ES MUSS DRINGENDES ZIEL POLITISCHER BEMÜHUNGEN WERDEN, DIE ARMUTSSPIRALE FÜR FRAUEN ZU DURCHBRECHEN, INSBESONDERE FÜR ALLEINERZIEHENDE."

Ein weiteres Problem ist, dass nach einer Ehescheidung die Ansprüche der Frau auf eigenen Unterhalt nur kurz bestehen. Viele Frauen bekommen ihren Unterhalt und

den Kindesunterhalt von ihren Ex-Partnern zudem nur unregelmäßig oder nicht in voller Höhe. Der staatliche Unterhaltsvorschuss fängt das Problem nur begrenzt auf. Bei den meisten familienpolitischen Reformen fallen Alleinerziehende durch das soziale Netz. Es muss dringendes Ziel politischer Bemühungen werden, die Armutsspirale für Frauen zu durchbrechen, insbesondere für Alleinerziehende. Strukturelle und institutionelle Ursachen der Benachteiligung müssen politisch bekämpft werden, damit Frauen ihre eigene wirtschaftliche Existenz und die wirtschaftliche Existenz ihrer Kinder sichern und an der Gesellschaft teilhaben können.

Dafür braucht Deutschland bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung und einen höheren Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen. Die Löhne in den typischen Frauenberufen müssen dringend leistungsgerecht erhöht werden. Eine Eindämmung und Kontrolle prekärer Beschäftigungsverhältnisse würden Frauen ebenso nutzen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Ehegattensplitting sollte abgeschafft und stattdessen Anreize für die gleichberechtigte Aufteilung von familialer Sorgearbeit entwickelt werden.

Um die Alleinerziehenden zu stärken, sollte der Staat den steuerlichen Entlastungsbetrag für sie deutlich erhöhen, regelmäßig anpassen und den Unterhaltsvorschuss erweitern. Auskömmliche Regelsätze sowie die Gewährleistung eines auskömmlichen neu berechneten Kinderexistenzminimums sind notwendig, um die Armut und soziale Ausgrenzung dieser Gruppe zu minimieren.

RECHTFERTIGUNGSDRUCK AUF MENSCHEN MIT GRUNDSICHERUNG STEIGT

IMMER MEHR LEISTUNGSKONTROLLEN VERSCHÄRFEN **SOZIALE AUSGRENZUNG** UND VERFESTIGEN ARMUT

Bürgerinnen und Bürger haben in Deutschland das Recht auf ein soziales und kulturelles Existenzminimum durch die Grundsicherung. Diesen Anspruch bekräftigte das Bundesverfassungsgericht zuletzt 2014. Dennoch stehen erwerbslose Menschen und ihre Angehörigen unter ständigem Rechtfertigungsdruck. Dabei sind sie in der Regel hochmotiviert, den Leistungsbezug zu überwinden.

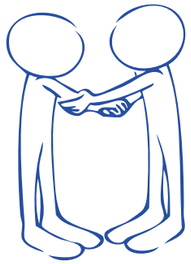
„ERWERBSLOSE MENSCHEN UND IHRE ANGEHÖRIGEN STEHEN UNTER STÄNDIGEM RECHTFERTIGUNGSDRUCK."

Die Nationale Armutskonferenz will diesem Druck entgegenwirken und die rechtliche und gesellschaftliche Position von Menschen stärken, die in Armut leben. Seit 2010 brachte sie das in drei zentralen Papieren zum Ausdruck:
2011 stellte sie die Frage „Grundsicherung für Arbeitsuchende: Armutsverwaltung oder Armutsbekämpfung?" zur Diskussion. Das Papier beschreibt, dass nicht langfristige Armutsüberwindung, sondern schnelle Vermittlung in Arbeit das Ziel des Systems Jobcenter ist. Dies führt häufig nur zu kurzfristigen Tätigkeiten, die Leistungsberechtigte schnell zurück in den Leistungsbezug und zu einer Weiterverwaltung führen.

2013 kritisierte die Armutskonferenz, dass die Gewährleistung von sozialer Teilhabe kein eigenständiges Leistungsziel im Sozialgesetzbuch II ist. Im Papier „Soziale Teilhabe und ein menschenwürdiges Existenzminimum" beschreibt sie, dass unter anderem einer Million Erwerbstätigen im ergänzenden Leistungsbezug und über 1,5 Millionen Kindern die Möglichkeit fehlt, an der Gesellschaft teilzuhaben.

2014 entwarf die Armutskonferenz mit dem Papier „Soziale Teilhabe durch Arbeit“ eine Skizze für eine teilhabeorientierte Arbeitsmarktpolitik. Laut Regierung soll die Integration durch Arbeit die gesellschaftliche Beteiligung der Leistungsberechtigten verbessern. Viele von ihnen arbeiten – allerdings oft ehrenamtlich und ohne Lohn. Eine gesellschaftliche Anerkennung dafür bleibt aus. Das Papier entlarvt auch den Gegensatz zwischen Beschäftigungsförderung und einem sogenannten „ersten Arbeitsmarkt“, der vorgeblich allein Marktgesetzen folge, als fiktiv. Der Staat beeinflusst den Markt bereits durch Subventionen und verfolgt damit kultur-, wirtschafts- oder energiepolitische Förderziele. Wenn es aber um die soziale Integration geht, hält er eine Förderung oft nicht für legitim.
Auch das neue Gesetz über die sogenannte „Rechtsvereinfachung im SGB II“ zielt weder auf eine bessere Leistungsgewährung noch auf soziale Integration.
Es setzt auf mehr Leistungskontrolle und verschärft damit Ausgrenzung. Die Armutskonferenz kritisiert die Neuregelung. Soziale Rechte zu haben muss auch dazu führen, Recht zu bekommen.

GEMEINSAM GEGEN VORURTEILE UND DISKRIMINIERUNG ARBEITEN



MENSCHEN MIT **ARMUTSERFAHRUNG** ENGAGIEREN SICH ALS EXPERTEN IN EIGENER SACHE

Menschen, die Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung erleben, werden häufig nicht in politische Prozesse einbezogen. Dazu gehört auch, dass meist andere für sie sprechen und sie vertreten. Die Nationale Armutskonferenz hat von Beginn an die Teilhabe von Expertinnen und Experten in eigener Sache als selbstverständlich erachtet. Betroffene wirken nicht nur an der Entstehung von politischen Positionen mit, sondern bringen diese auch selbst in die Öffentlichkeit.

Ausgelöst durch die europäischen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung, wurde auch die bisherige Praxis der Beteiligung von Betroffenen in der Nationalen Armutskonferenz diskutiert und festgestellt, dass der Austausch der Menschen über ihre Erfahrungen und Lebenssituationen gestärkt werden musste. Partizipation, so der Ansatz, braucht einen Ort, eine Struktur und finanzielle Mittel.

Bei jährlichen Treffen kommen seitdem in verschiedenen Städten zahlreiche Menschen mit und ohne Armutserfahrung zusammen. Sie diskutieren miteinander, was es bedeutet, in Deutschland mit sehr geringen finanziellen Mitteln zu leben. Gemeinsam suchen sie nach Ideen, wie sich die Teilhabe von Menschen, die unter diesen Bedingungen leben, verbessern ließe. Sie benennen auch die Hürden, die einer angemessenen Partizipation in der Praxis bisher noch im Wege stehen. Und sie machen ihrer Wut und ihrem Frust über negative Entwicklungen Luft. Die Ergebnisse dieser bundesweiten Treffen fließen in die Arbeit der Nationalen Armutskonferenz ein und bilden eine der Grundlagen für ihre politischen Forderungen.

„DIE NATIONALE ARMUTSKONFERENZ ERMÖGLICHT WIE KEIN ANDERER GESELLSCHAFTSPOLITISCHER ZUSAMMENSCHLUSS DIE DIREKTE BETEILIGUNG VON MENSCHEN MIT ARMUTSERFAHRUNG.“

Eine konsequente und kontinuierliche Mitarbeit von Menschen mit Armutserfahrung und deren Selbsthilfeorganisationen zu fördern ist eine wesentliche Aufgabe des Bündnisses. Das Alleinstellungsmerkmal der Armutskonferenz ist nach wie vor, nicht nur die Perspektiven dieser gesellschaftlichen Gruppe einzubeziehen und ihre Lösungsansätze im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzuzeigen, sondern diese für sich selbst sprechen zu lassen.

SOZIALPOLITISCHE WEGMARKEN SEIT 1991

REFORMEN, PROGRAMME, SPARPAKETE – EIN **ÜBERBLICK** ÜBER **25 JAHRE SOZIALPOLITIK** IN DEUTSCHLAND.

1991 – SOZIALHILFEEMPFÄNGER
Allein im Westen des 1990 wiedervereinigten Deutschlands leben rund vier Millionen Sozialhilfeempfänger. 120.000 Menschen sind wohnungslos, 200.000 Personen – unter ihnen viele Übersiedler aus Osteuropa – leben in Notunterkünften.

1993 – ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ
Das neue Gesetz sieht für Asylbewerber Sozialleistungen vor, die bis zu 47 Prozent unter dem Niveau der Regelsätze für Deutsche liegen. 2012 urteilt das Bundesverfassungsgericht, dass die Hilfe für Asylbewerber verfassungswidrig niedrig ist und ordnet eine Anhebung der Sätze an.

1995 – PFLEGEVERSICHERUNG
Einführung der Pflegeversicherung als Pflichtversicherung zur Absicherung der Pflegebedürftigkeit. Die Pflegepflichtversicherung bildet neben der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung eine fünfte Säule der Sozialversicherungen.

1996 – VERMÖGENSSTEUER
Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP beschließt die Abschaffung der Vermögenssteuer, ab 1997 wird sie nicht mehr erhoben.

1999 – ARBEITSMARKTPROGRAMM
Die rot-grüne Regierung setzt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik und erhöht die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit. Ein Sonderprogramm soll 100.000 erwerbslose Jugendliche in Arbeit bringen.

2000 – RENTENREFORM I
Die Bundesregierung beschließt angesichts der erwarteten Folgen des demografischen Wandels eine Rentenreform. Rot-Grün senkt das Rentenniveau bis 2030 von 70 Prozent auf 67 Prozent ab. Neben der lohn- und beitragsbezogenen Rente hält die Regierung den Aufbau einer privaten Altersvorsorge für unverzichtbar. Dafür richtet sie eine staatliche Förderung ein, die „Riesterrente".

2004 – RENTENREFORM II
Bundestag und Bundesrat beschließen, das Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 zu erhöhen. Die gesetzliche Rente soll so auch im demografischen Wandel ein „leistungsstarkes Instrument der staatlichen Alterssicherung bleiben". Das Elterngeld wird eingeführt.

2005 – AGENDA 2010
Im Januar werden der Arbeitsmarkt und die Sozialgesetze neu strukturiert. Arbeitslosengeld wird nur noch für zwölf Monate gezahlt, Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden zum Arbeitslosengeld II („Hartz IV") zusammengelegt. Damit einher gehen eine Pauschalierung der Regelsätze und die Einführung von Sanktionen. Sozialhilfe erhalten nur noch Personen, die nicht erwerbsfähig oder älter als 65 sind. Bis heute gab es mehr als 400 Änderungen der „Hartz-Gesetze".

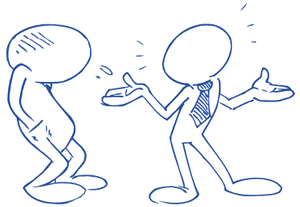
2010 – SPARPAKET
Das „Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung" steht im Zeichen der Finanzkrise. Der Staat schnürt Konjunkturpakete und beschließt ein Sparpaket von 80 Mio. Euro, das starke Kürzungen im Sozialbereich mit sich bringt. Das Bundesverfassungsgericht befindet, dass die seit 2005 geltenden Hartz-IV-Regelsätze gegen das Grundgesetz verstoßen. Sie genügten dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Artikel 1 des Grundgesetzes nicht.

2011 – BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET
Das Bildungs- und Teilhabepaket wird eingeführt. Es soll Kindern von Langzeitarbeitslosen, Niedrigverdienern und Wohngeldempfängern die Teilnahme an Schulmittagessen, Lernförderung und Klassenfahrten ermöglichen. Es ist zu bürokratisch, tatsächlich kommen viele Leistungen bei Familien nicht an.

2014 – RENTENREFORM III
Eine Große Koalition aus SPD und CDU/CSU beschließt eine Rentenreform. Unter anderem können jetzt Versicherte nach 45 Jahren Beitragszahlung schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Die sogenannte „Mütterrente" wird eingeführt, die Müttern (oder Vätern) für ihre vor 1992 geborenen Kinder pro Kind zwei Jahre Kindererziehungszeiten zubilligt.

2015 – MINDESTLOHN
Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde wird in Deutschland eingeführt. Das geänderte Asylgesetz tritt in Kraft, das u. a. die finanziellen Leistungen für Asylbewerber neu ordnet.

DEUTSCHLAND LEISTET ZU WENIG ZUR ARMUTSSENKUNG IN EUROPA



NATIONALE ARMUTSKONFERENZ ENGAGIERT SICH AUCH AUF **EUROPÄISCHER EBENE** UND BEGLEITET DAS PROGRAMM „EUROPA 2020“

Die Nationale Armutskonferenz wurde als deutsche Sektion des European Anti Poverty Network (EAPN) gegründet, eines unabhängigen europäischen Netzwerks von Nichtregierungsorganisationen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Daher engagiert sie sich seit Beginn auch auf der europäischen Ebene.

Viel Gestaltungsraum für Armutspolitik hat die EU nicht, denn die Kompetenz dafür liegt bei den Mitgliedstaaten. Diese verpflichteten sich im Jahr 2000 mit der „Lissabon-Strategie“ dazu, mit nationalen Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung anzukämpfen. Sie führten auch den Indikator der Armutsgefährdungsquote ein, einen EU-Standard zur Messung relativer Einkommensarmut. Das Ziel, Armut durch eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote zu verringern, erreichte die EU jedoch nicht.

Die Nachfolgestrategie „Europa 2020“ umfasst auch die Indikatoren materielle Armut und niedrige Erwerbsbeteiligung. Bezogen auf die Daten von 2008 und unter Berücksichtigung der drei Faktoren lebten insgesamt

116 Millionen Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Ziel der Strategie ist es, ihre Zahl um 20 Millionen Personen zu verringern.
Die deutsche Bundesregierung hat sich dafür entschieden, die relative und absolute Armut auszublenden und sich bei „Europa 2020“ nur darauf zu konzentrieren, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Ihr Ziel, die Anzahl der langzeitarbeitslosen Personen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, erreichte sie aufgrund der guten Konjunktur bereits frühzeitig. Sie passte die Zahl aber bislang nicht nach oben an.

„VIEL GESTALTUNGSRAUM FÜR ARMUTSPOLITIK HAT DIE EU NICHT, DENN DIE KOMPETENZ DAFÜR LIEGT BEI DEN MITGLIEDSTAATEN.“

Damit leistet Deutschland einen unzureichenden Beitrag zur Armutssenkung in Europa. Zwar stellt Arbeitslosigkeit eine wichtige Ursache für Armut dar. Aber die Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren bedeutet nicht zwangsläufig, auch die Armut zu verringern. Denn die materielle Lage und andere Ursachen bleiben bei dieser Betrachtung außen vor.
Die Armutskonferenz hat sich frühzeitig und intensiv am Verfahren „Europa 2020“ beteiligt. Die Bundesregierung berücksichtigte ihre Kritik aber nicht. Es zeigt sich, dass die Beteiligung nur pro forma erfolgt. Eine ernst zu nehmende, auch öffentliche Debatte fehlt.
Obwohl die EU-Kommission die wachsende Armut in Deutschland ebenfalls beanstandet, scheint „Europa 2020“ für sie keine große Rolle mehr zu spielen. Die Halbzeitbilanz ist lange angekündigt, aber bislang ausgeblieben.
Nach wie vor sind in der EU die Mitgliedstaaten entscheidend, wenn es um Armutspolitik geht. Europäische Initiativen haben aber positive Anstöße durch Projekte und Begegnungen mit Menschen mit Armutserfahrung geliefert. Sie können jedoch nur Wirkung entfalten, wenn Mitgliedstaaten diese aufgreifen und mit Leben füllen.

EINHEIMISCHE UND ZUWANDERER NICHT GEGENEINANDER AUSSPIELEN

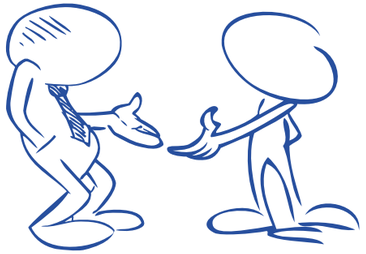
SOLIDARITÄT STATT KONKURRENZ: ARMUTSKONFERENZ RUFT ZUM **ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT** AUF

Rechtspopulistische Meinungsmache ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Viele, die damit sympathisieren, tragen Begriffe wie Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung auf den Lippen. Gleichzeitig werden aber auch dezidiert neoliberale Konzepte vertreten, die ein Bekenntnis zu sozialen Programmen vermissen lassen. Trotzdem wird bei nicht wenigen Menschen die Hoffnung geweckt, dass rechte Gruppierungen sich stärker für ihre Bedürfnisse einsetzen würden als die etablierten Parteien. Auch manche Helferinnen und Helfer machen Unterschiede und weisen bei Notschlafstellen für Wohnungslose oder Ausgabestellen für Lebensmittel und Kleidung Hilfesuchende mit Migrationshintergrund ab.

„IM ALLTAG DER GESELLSCHAFTLICHEN DISKUSSION FÜHREN SCHULDZUWEISUNGEN NICHT WEITER."

Tatsächlich werden die Ressourcen knapper. Der Staat hat in den vergangenen Jahren beim sozialen Wohnungsbau, bei den sozialen Hilfesystemen und bei der Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze einiges versäumt. Weil jetzt mit den Geflüchteten eine weitere Gruppe mit Unterstützungsbedarf hinzukommt, verschärft sich die Situation – aber die Zuwanderer sind für diese Missstände nicht verantwortlich. Es wäre ein Fehler, die verschiedenen Gruppierungen, die Hilfe benötigen, gegeneinander auszuspielen.
Im Alltag der gesellschaftlichen Diskussion führen Schuldzuweisungen nicht weiter. Menschen, die in der Armutsbekämpfung arbeiten, sollten jene, die aufgrund diffuser Ängste für rechte Parolen empfänglich sind, nicht mit geschulten Neonazi-Kadern gleichsetzen. Sie

haben die Verantwortung, ihnen zuzuhören. Menschen abzulehnen, die Vorurteile und Sorgen haben, ohne ihre Gründe für diese Gefühle zu kennen, ist nicht der richtige Weg. Soziale Inklusion entsteht nicht dadurch, dass man Gruppen in Gut und Böse unterteilt: hier die Armen, dort die Reichen, hier die Deutschen, da die Ausländerinnen und Ausländer, hier die sozial Kompetenten, dort die Rassistinnen und Rassisten.
Darum diskutiert die Nationale Armutskonferenz aktuell drei Vorhaben, um mehr Solidarität in der Gesellschaft zu fördern: Sie plant eine Publikation, die in einfacher Sprache ohne erhobenen Zeigefinger Fakten gegen Vorurteile nennt und über Hintergründe aufklärt. Außerdem baut sie Netzwerke auf, um eine neue, verbandsübergreifende Gesprächskultur zu schaffen und eine pädagogische Begleitung zu bieten. Drittens leistet sie eine intensive politische Analyse, benennt die aktuellen sozialpolitischen Themen klar und stellt sie in ihren Bezügen zu Migrationsbewegungen dar.



REGELSATZ ANPASSEN, TEILHABEPAKET ABSCHAFFEN, KINDER UND JUGENDLICHE GEZIELT FÖRDERN, BÜROKRATIE ABBAUEN

ARMUTSKONFERENZ MACHT VORSCHLÄGE ZUR **ÜBERWINDUNG DER ARMUT**

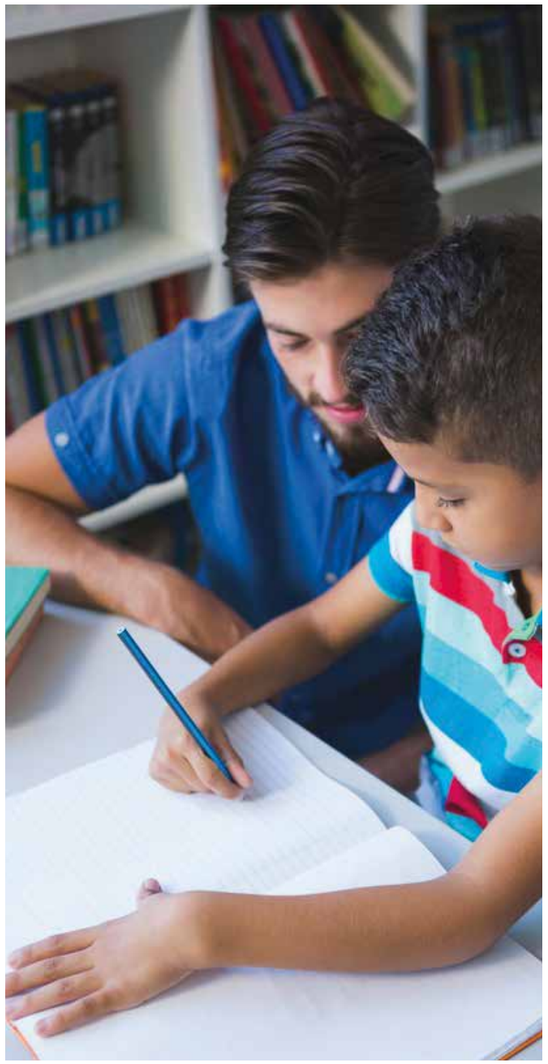
Armut kann überwunden werden. Was es dazu braucht: Mut, politische Entschlossenheit und Fantasie. Letztere hat die Nationale Armutskonferenz in den vergangenen 25 Jahren immer wieder unter Beweis gestellt und der Politik dezidiert Wege aus der Armut aufgezeigt.
Ein Überblick:
Sozialleistungen wie Hartz IV reichen nicht für eine faire Teilhabe an der Gesellschaft. Um den Regelsatz an den tatsächlich nötigen Betrag anzupassen, schlägt die Armutskonferenz eine Änderung der Berechnungsgrundlage vor: Die der Regelsatzermittlung zugrunde liegende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) sollte sich am Bedarf des unteren Drittels der Haushalte orientieren. Bei Bildungskosten müsste man das Ausgabenniveau aus der mittleren Einkommensgruppe zugrunde legen.
Um soziale Ausgrenzung zu vermeiden und soziale Teilhabe zu ermöglichen, fordert die Armutskonferenz den kostenlosen Zugang für Kinder und Jugendliche zu sportlichen und kulturellen Angeboten der Städte und Kommunen und kostenloses Mittagessen in der Ganztagsbetreuung. Finanziert werden könnte das Angebot mit dem Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket – denn das gilt es, in seiner jetzigen Form abzuschaffen.
Zu den Forderungen der Armutskonferenz gehört auch,

Bildung insgesamt kostenfrei anzubieten und Kitas und Schulen als inklusive Lern- und Lebensorte zu gestalten. Die ganzheitliche Bildungsförderung aller Kinder und Jugendlichen wäre so unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund gewährleistet und auf ihre individuellen Bedarfe, Fähigkeiten und Talente hin ausgerichtet.

Dass in den Kommunen durch eine soziale Wohnungsbaupolitik genügend bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, ist ein weiteres langfristiges Ziel. Die Wohnsituation ist für viele Menschen unsicher geworden, und das destabilisiert ihr Leben. Behörden sollten deshalb die Sozialleistungen für Unterkunft und Heizung den realistischen Gegebenheiten vor Ort anpassen und eine Umzugsaufforderung daraufhin prüfen, ob man sie tatsächlich umsetzen kann.

„ZIEL IST, BILDUNG KOSTENFREI ANZUBIETEN UND KITAS UND SCHULEN ALS INKLUSIVE LERN- UND LEBENSORTE ZU GESTALTEN."

Häufig hängt gesellschaftliche Teilhabe davon ab, ob jemand die gesetzlichen Leistungen kennt, auf die er ein Recht hat, und ob er mit den zuständigen Ämtern kommunizieren kann. Die bürokratische Sprache ist dafür eine erhebliche Barriere. Deswegen sollten amtliche Schreiben eine verständliche Sprache haben. Eine Übersetzung in Leichte Sprache würde Ankündigungen, Verwaltungsschreiben oder Internetinformationen für alle verständlich machen. Die Ämter sollten Rückfragen ihrer Kundschaft freundlich und serviceorientiert beantworten und bei Bedarf eine aufsuchende Beratung anbieten.



DIE MITGLIEDER DER NATIONALEN ARMUTSKONFERENZ

DER SPRECHERKREIS DER NATIONALEN ARMUTSKONFERENZ

Dr. Frank Joh. Hensel (Sprecher)	Caritas
Werena Rosenke (Stellv. Sprecherin)	BAG Wohnungslosenhilfe
Michael David (Stellv. Sprecher)	Diakonie
Robert Trettin (Stellv. Sprecher)	Armutsnetzwerk

Geschäftsführung
Julia Zürcher — Caritas

Pressesprecher
Markus Harmann — Caritas

Die Nationale Armutskonferenz ist Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN